

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

168 (23.7.1931)

# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE CARLSRUHEBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gezeichneten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-  
setzung und Aufschlag 5 Pfennig. Die Resten-Millimeter-  
zeile 60 Pfennig. Bei Nichterfüllung der Bedingung, die bei der Aufstellung des  
Zahlungsvertrages, bei gerichtlicher Dretzung und bei Nichterfüllung der Bedingung  
des Gerichtsstandes in Karlsruhe L. D. o. Schluß der Anzeigen-Nachweise 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Primat und Wander  
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungbr  
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abzugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zulassung 2,20 Mark o. Durch die Post  
2,00 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Gehalt 6 mal wöchentlich  
ermittelt 11 Uhr o. Postkontos 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Kar-  
lsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Januar 1920 und 1921 o. Postfach-Büro: Karlsruhe, Haupt-  
straße 9, D.-Hafen, Jagdstraße 12; Postfach, Poststraße 2, Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 168

Karlsruhe, Donnerstag, den 23. Juli 1931

51. Jahrgang

## Frankreich übt Sabotagepolitik

Vor dem Ende der Londoner Konferenz - Magere Ergebnisse durch Frankreichs Schuld  
Amerika und England betätigen weiter praktische Hilfe

### Ganze, nicht halbe Lösungen

Regelung der Kredit- und Kriegsschuldenfragen

London, 22. Juli. (Eia. Draht.) In der Mittwoch-Vormittags-Sitzung der Siebenmächtekonferenz, die bis kurz vor 1 Uhr mittags dauerte, wurde eine grundsätzliche Einigung über die Punkte eines Schriftstückes erzielt, in dem das Ergebnis der Konferenz festgelegt werden soll. Auch die Franzosen haben sich, wie auf deutscher Seite unterstrichen wird, durchaus positiv zu den Vorschlägen verhalten. Sie haben im wesentlichen eine Stärkung des deutschen Kredits in der Welt zum Ziele.

In der Einleitung des Schriftstückes heißt es, daß die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität Deutschlands im Interesse der ganzen Welt liege. Aus diesem Grunde empfehlen die Regierungen den zentralen Notenbanken ihre kurzfristigen Kredite an Deutschland in langfristige umzuwandeln. Ueber gewisse Einzelheiten, insbesondere über die Modalitäten eines Rediskontraktes, verhandelten die Finanzminister nachmittags weiter. Am Donnerstag vormittag findet eine neue Plenarsitzung statt. Man hofft, daß die Konferenz bis Donnerstagabend zu Ende geführt werden kann. Auf Grund einer deutschen Anregung dürften internationale Finanzinstitute von der Konferenz beauftragt werden, unersichtlich an Ort und Stelle, d. h. in Berlin, zu prüfen, in wie weit die in London beschlossenen Maßnahmen ausreichen und welche weiteren Maßnahmen den Regierungen empfohlen werden müssen.

Die Gewährung eines Rediskontraktes an Deutschland, die am Mittwoch nachmittags von den in London weilenden Finanzministern der verschiedenen Mächte besprochen wurde, ist nicht ganz einfach zu regeln. Frankreich wünscht selbst für einen solchen Kredit Sicherheiten wirtschaftlicher und politischer Art. Wirtschaftliche Sicherheiten sind von deutscher Seite in Form der bei der Reichsbank liegenden Wechsel geboten worden. In politischer Hinsicht hofft man eine Verständigung in den zahlreichen Ansprüchen zu erzielen, die gegenwärtig inoffiziell zwischen den Außenministern der in London vertretenen Länder stattfinden. So hatte Minister Curieux am Mittwoch u. a. längere Unterredungen mit Briand und Stimson.

In Konferenzkreisen diskutiert man neuerdings auch wieder stark die Möglichkeit der Gewährung eines Kredites an Deutschland durch Amerika und England unter Beteiligung von Japan ohne Frankreich. Um einen solchen Kredit zu ermöglichen, müßte sich Frankreich aber verpflichten, keine Gelder mehr aus England zurückzuführen. Wie notwendig das ist, zeigt die neueste Abschätzung des Bundesfiskus. Die Bank von England verlor am Mittwoch wieder fast 3/4 Millionen Pfund Gold und hat seit dem 13. Juli, an dem die Goldabgabe einsetzte, bereits 420 Millionen Mark Gold abgeben müssen.

Ein anderes Problem, das am Mittwoch ebenfalls besprochen wurde, ist die Aenderung der Verteilung der kurzfristigen Schulden in Deutschland. Frankreich ist nur mit schätzungsweise 5 Prozent an den kurzfristigen in Deutschland befindlichen Gelder beteiligt. England und Amerika wünschen eine größere Beteiligung Frankreichs, aber auch hier tauchen die gleichen Schwierigkeiten auf, wie bei der Gewährung eines neuen Kredites.

In England besteht nach wie vor die Ueberzeugung, daß es nicht genügt, wenn es der Konferenz nur gelinzt, die augenblickliche Not in Deutschland zu überbrücken. Eine Konferenz im Herbst müßte folgen und zwar auf der dritten Grund- lage der Revision der Kriegsschulden. Es müßte nicht nur stillschweigend als feststehend angenommen werden, daß die alten Zahlungen nach dem Hooverjahr nicht mehr fortgeführt werden, sondern zur Wiederherstellung des Vertrauens müßte wenigstens eine praktische Lösung in Aussicht gestellt werden. Im anderen Fall befürchtet man, daß die Revision, die in einem Jahr doch eintreten müßte, neue politische Unruhen hervorrufen würde.

### Vor dem Ende in London

London, 23. Juli 1931. (Kundendienst.) Die Londoner Konferenz ist praktisch bereits zu Ende. Die Mittwoch-Nachmittags-Sitzung der Finanzminister hat mit der einstimmigen Annahme eines Beschlusses beendet, der heute in einer Schlußsitzung dem Plenum der Siebenmächtekonferenz unterbreitet und von ihm aufgegeben wird.

Dieser Bericht wird an positiven Maßnahmen zwei Punkte enthalten und zwar 1. die Bildung eines Stillhaltekomitees aller ausländischen Banken, die in Deutschland kurzfristige Kredite in Anspruch haben und die sich verpflichten sollen, keine weiteren Zusicherungen dieser Kredite vorzunehmen; 2. Der internationale Rediskontrakt in Höhe von 100 Millionen Dollar, der am 16. Juli fällig war und bereits einmal bis zum 16. August verlängert wurde, wird abermals um 3 Monate verlängert werden. Die anfänglich erstrebte langfristige Umkehr wäre nur mit Zu-

stimmung Frankreichs unter politischen Voraussetzungen möglich gewesen.  
In den Kreisen der deutschen Delegation ist man mit diesem Ergebnis der Konferenz keineswegs unzufrieden, obwohl man in analoger amerikanischer Kreise über diese Zufriedenheit außerordentlich verwundert ist.

### Amerikanische Erklärungen zum Hooverplan

Washington, 21. Juli. Zu dem neuen Hooverplan gab das Staatsdepartement folgende Erklärungen:

Durch die Befreiung von den Reparationszahlungen für die Dauer eines Jahres ist Deutschland eine erhebliche Hilfe gewährt worden. Diese Reparationszahlungen belaufen sich auf 400 Millionen Dollar. Die Handelsbilanz ist günstig. Die Flucht aus der Mark ist aufgehalten und die innere Banklage ist durch die mutige Aktion der Regierung in Ordnung gebracht. Zunächst muß nun die Aufrechterhaltung des Umlanges der kurzfristigen Kredite gesichert werden, die sich noch jetzt in den Händen von ausländischen Banken und Organisationen befinden und deren Betrag auf 1,2 Milliarden Dollar geschätzt wird. Es handelt sich hauptsächlich um ausländische Handelswechsel, die durch viele deutsche Depositionen und Kredite bedeckt sind. Selbstverständlich ist dies und kann dies nur eine rohe Schätzung sein. Der Vorschlag des Präsidenten Hoover besteht einfach darin, daß die Bankiers und die Bankhäuser in allen Ländern darüber ein Uebereinkommen treffen, wonach der gegenwärtige Kreditumfang in jedem Lande aufrecht erhalten wird und daß die deutsche Regierung durch die Reichsbank und auf andere Weise eine strikte und vollständige Kontrolle über den Devisenmarkt ausübt, so daß kein Devisenabfluß stattfindet und so die Aufrechterhaltung der gesamten Kreditverträge erreicht wird. Ein solches System des Zusammenwirkens, das durch die Aktion der deutschen Regierung ergänzt wird, wird Deutschland in den Stand setzen, in dem normalen Geschäftsgang diejenigen Zusatzkredite sicherzustellen, die nötig sind. Dieser Vorschlag hat nicht den Charakter eines Moratoriums, sondern bedeutet nur die Aufrechterhaltung des arden Kreditumfanges, der in Bezug auf Deutschland gegenwärtig besteht. Der Vorschlag gestattet der Welt durch die Sicherstellung einer Stabilität in der deutschen Kreditstruktur, zu einem normalen Geschäftsgang zurückzukehren.

Washington, 22. Juli. Die Erklärung des Staatsdepartements, daß künftigen Informationen zufolge, die Bankiers dem neuen amerikanischen Plan zustimmen würden, wurde heute durch die weitere Mitteilung ergänzt, daß Senator Morrow, der aus der Zeit, da er Partner Morgans war, enge Beziehungen zur Wallstreet besitzt, auf den Wunsch Hoovers hin zwölf führende amerikanische Banken dazu bestimmte, sich in schriftlicher Form dazu zu verpflichten, daß sie während der gegenwärtigen Krise keine Deposits, Vorstüsse oder Kredite aus Deutschland zurückziehen.

### „Es sind einige Fortschritte gemacht worden...“

London, 22. Juli. „Es sind einige Fortschritte gemacht worden.“ Mit diesen Worten leitete der Vorsitzende der deutschen Delegation die heutige Besprechung mit den deutschen Pressevertretern ein. Er wies darauf hin, daß gestern nachmittags die Finanzminister der in Betracht kommenden Länder zusammengekommen sind und daß sich der Gegenstand der Diskussion im wesentlichen um drei Punkte gedreht hatte:

Die Verlängerung des bisherigen Rediskontraktes von 100 Millionen, die Maßnahmen, um sonstige private Kredite steben zu lassen, und schließlich die Frage, wie darüber hinaus neue kurzfristige Kredite der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden können. Verschiedene Anregungen wurden in dieser Richtung gemacht, die heute vor die Konferenz gebracht wurden. Sie sind in formulierte Vorschläge gefaßt, die eine Einleitung enthalten und worin die verschiedenen Punkte angeführt werden, ohne daß deshalb die Vorschläge als endgültige betrachtet werden können.

### Dauerndes französisches Störungsfeuer

Die Entwicklung der Londoner Konferenz wird auch von der Berliner Presse ziemlich pessimistisch beurteilt. Fast übereinstimmend wird von den Zeitungen betont, daß die tatsächlichen Ergebnisse der Konferenz den Erwartungen und dem Aufgebot von Ministern und Sachverständigen nicht entsprechen werden.

Die Hauptschuld an dem Hin und Her der Konferenz und an der bedauerlichen Einschränkung des Konferenzprogramms wird Frankreich zugemessen. Die Germania, das Hauptorgan des Zentrums, unterzieht Frankreichs Verhalten in einem längeren Artikel einer eingehenden Kritik und schreibt: „Wenn infolge der französischen Weigerung der Mitarbeit an

einer Rettungsaktion nur ein angestrichelter Stillhaltungsplan und eine Rediskontraktierung der Reichsbank zustande kommt, und Frankreich sich sogar von diesen behandelten Hilfsmitteln ostentativ fernhält, so sehen wir nicht ein, wozu man diesen großen Apparat aufgebaut hat, in dessen Hände eine Entscheidung von sätulärer Bedeutung gelegt war. Will so Frankreich das Risiko eingehen, daß sich angesichts seiner Mächtigkeit eine Koalition bildet, in der Deutschland mit Nationen zusammenarbeiten würde, die ein mit den Jahren immer steigendes Verständnis für die wirtschaftliche und politische Sonderlage Deutschlands gezeigt haben. Eine derartige Blockbildung würde vielleicht dem Geist des Genfer Protokolls ebenso widersprechen wie die seit zwölf Jahren bestehende französische Militärkoalition, aber sie würde zum Unterschied von dieser zur Abwehr einer tatsächlich bestehenden Bedrohung gebildet sein und Frankreich moralisch und politisch in hohem Grade isolieren. Nur mit Bedauern würden wir Londoner Ergebnisse entgegensehen, welche unter Ausschluß oder gar gegen Frankreich erreicht werden müßten. Nicht nur deswegen, weil eine französische Nichtbeteiligung einen Faktor der Ungewißheit bildet und die getroffenen Hilfsmitteln in gewissem Grade problematisch erscheinen läßt. Unter Bedauern würde in erster Linie dem vorläufigen Scheitern des Versuches gelten, das deutsche und französische Schicksal wirtschaftlich enger miteinander zu knüpfen, um dadurch den Ausgangspunkt einer praktischen deutsch-französischen Zusammenarbeit zu schaffen.

### Englische Kritik an Frankreich

London, 23. Juli. (Kundendienst.) Die französische Erklärung über die Abwicklung hat in England enttäuscht und erbittert. Der Daily Herald schreibt dazu in einem Leitartikel: „Der Moment für die Veröffentlichung ist unglücklich, das Dokument ist noch unklar, denn diese Teile des Herrn Maginot würde, wenn sie überall angenommen würde, das Ende der Hoffnungen für jede wirkliche Abrüstung im nächsten Jahre bedeuten. Maginots Argument ist, daß Frankreich, um sicher zu sein, stärker sein müsse als seine Nachbarn. Wenn das wahr ist, dann ist ebenso wahr, daß seine Nachbarn, um sicher zu sein, wiederum stärker sein müssen als Frankreich. Wenn jedes Land mit diesem Vorbehalt nach Gut Gefallen, dann besteht wenig Hoffnung auf einen Erfolg der Abrüstungskonferenz.“

### Englischer Besuch in Berlin

London, 22. Juli. (Eia. Meldung.) Wie wir erfahren, ist der deutschseits vorgetragene Wunsch, Premierminister Macdonald und Außenminister Henderson möchten den Besuch der deutschen Staatsmänner in London alsbald in Berlin erwidern, von englischer Seite mit freundschaftlicher Zustimmung aufgenommen worden. Da der Gegenbesuch zu einem späteren Zeitpunkt als in den letzten Julitagen kaum möglich sein würde, werden sich Macdonald und Henderson voraussichtlich alsbald nach Beendigung der Siebenmächtekonferenz nach Berlin begeben.

### Hugenberg, der frivole Schwäger

Der ewige und stets frivole Schwäger und kleine Gernegroß Hugenberg hat sich von einem Trabanten seiner Umgebung wieder einmal eine Erklärung an die Adresse Amerikas fabricieren lassen. Wir lesen darin u. a.:

„Die Rechte wird in kurzer Zeit berufen sein, die Regierung in Deutschland zu übernehmen. Sie erkennt die privatwirtschaftlichen Verpflichtungen an, die dem Ausland gegenüber eingegangen sind. Sie lehnt es aber ab, die Notlage des deutschen Volkes durch die weiteren Auswirkungen des Versailles Vertrages vergrößern zu lassen. Gelinzt es nicht, die jetzige Finanzkrise zu einer Gesundungsstriebe werden zu lassen, dann haben wir in Deutschland den Bolschewismus. Es gibt nur ein Entweder — Oder, entweder eine harte, von gesunden nationalen Kräften des Volkes getragene Regierung, oder den Bolschewismus. Der Bolschewismus aber ist eine Pest, die an den Grenzen Deutschlands nicht Halt macht.“

Das ist alles, was der unverantwortliche Schwäger in der Spitze der von ihm in Grund und Boden gewirtschafteten deutschnationalen Partei in dieser schwierigen Situation zu sagen hat: Die auf nichts gestützte Prophezeiung, daß die Rechte bald zur Uebernahme der Regierung in Deutschland berufen sei und nur sie den drohenden Bolschewismus abwehren könne. Während er das erklärt, stand er im Begriff, mit den Trägern des Bolschewismus in Deutschland ein Bündnis gegen den härtesten Feind der deutschen Republik, gegen die Sozialdemokratie, abzuschließen. Ja, wenn Lächerlichkeit töten könnte, so wäre dieser Schwäger längst nicht mehr. Es bleibt schließlich noch festzustellen, daß er diesmal darauf verzichtet hat, die Zerreißung des Versailles Vertrages in Aussicht zu stellen. Diese Parole benötigt man nur zu innerpolitischer Propaganda.

# Was wird aus dem Arbeitsmarkt?

## Die Lage grau in grau - Kalter Abbau der Arbeitslosenversicherung

Die schweren Erschütterungen der Wirtschaft während der jüngsten Zeit drängen jedermann diese Frage auf: Was wird aus dem Arbeitsmarkt? Unter diesen Umständen verdient der neue Arbeitsmarktsbericht der Reichsanstalt, wenn er auch die Folgen der letzten Ereignisse der Krise noch nicht verzeichnen kann, besondere Beachtung.

Der Bericht lautet im wesentlichen:

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes ist, da die Landwirtschaft und sonstige Ausenberufe in dieser Jahreszeit keine Arbeitskräfte in größerem Umfang mehr anfordern pflegen, in der ersten Hälfte des Juli zum Stillstand gelangt. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gezählten Arbeitslosen war am 15. Juli mit rund 3 956 000 fast so hoch wie Ende Juni. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatte die Zahl der Arbeitslosen infolge Abnahme der Konjunktur schon um etwa 75 000 zugenommen. Gestützt wurde der Arbeitsmarkt noch in geringem Umfang durch die Landwirtschaft, in der allerdings die übliche Pause zwischen Getreideernte und die unallmähliche Witterung sich bemerkbar machten, ferner durch Teile der Metallindustrie, des Spinnstoffgewerbes, des Nahrungsmitteleverbes und durch den Sommer-, Bäder- und Kesselerwerb. Die Schwierigkeiten der letzten Wochen haben noch keine empfindliche Störung des Arbeitsmarktes hervorgerufen. Zu bedenken ist jedoch, daß die Auswirkungen der jüngsten Entwicklung in den am 15. Juli durchgeführten Zahlungen noch kaum zum Ausdruck kommen konnten. Während die Bezirke Westfalen, Sachsen, Ostpreußen, Pommern und Südwestdeutschland sowie Schlesien noch eine gewisse Entlastung erfahren haben, trat in den Bezirken Brandenburg, Nordmark, Niedersachsen und Rheinland ein Zugang von Arbeitslosen ein. In Mitteldeutschland, Hessen und Bayern ist nahezu gar keine Veränderung der Gesamtzahl erfolgt.

In der Arbeitslosenversicherung belief sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger Mitte Juli auf rund 1 246 000. Damit ist gegenüber Ende Juni ein Rückgang um rund 166 000 eingetreten. Er hat seinen Grund größtenteils in der Notverordnung, durch die ein Teil der Ehefrauen, Jugendlichen und Rentnerempfänger wegen mangelnder Beschäftigung aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind. Außerdem wurden infolge der Verkürzung der Unterstützungsdauer berufstätige Arbeitslose in größerer Zahl ausgereinert. Dadurch mußte die Zahl der Krisenunterstützten ansteigen. Sie hat um rund 26 000 auf rund 967 000 zugenommen.

In den Steinoblenbezirken ist noch keine Besserung festzustellen. Im Ruhrkohlenbezirk sind außer den zum 15. Juli vorerwähnten Entlassungen neue Kündigungen zu Ende des Monats ausgesprochen worden. Der Braunkohlenbergbau ist, wie schon bisher, besser beschäftigt. In den Hütten- und Bauxitwerken ergab sich aus den kurzfristigen Aufträgen eine lebhaftere Situation. Die Beschäftigung im Bergbau, in den Sägemerken und den Industrien der Steine und Erden blieb schwach. In der Metallverarbeitung wechselten Besserungszeichen mit Entlassungen. Die ankommende Besserung in vielen Zweigen der Spinnstoffindustrie ist trotz gewisser Rückschläge infolge des Nordwollensammenbruchs unverkennbar. Zum Teil dürften Auslandsaufträge vorliegen. Im Bekleidungs- und Textilgewerbe wurden vereinzelt bereits Kräfte zur Vorbereitung der Winterfaktion angefordert. Im Bergbau und in der Holzindustrie sind die Lage unangünstiger gewesen. In den Berufen der Anstellten fanden zum Vierteljahrestermin zahlreiche Entlassungen statt.

So weit der Bericht der Reichsanstalt. Die in ihm berührte Auswirkung der Notverordnung verdient ernste Beachtung. Wir haben es hier mit einem kalten Abbau der Arbeitslosenversicherung zu tun. Ein Vergleich der Unterstützungsarbeit zeigt, daß jetzt nur noch weniger als ein Drittel der Unterstützten in der Versicherung, zwei Drittel dagegen bereits außerhalb der Versicherung, d. h. in der Krisenunterstützung oder in der Wohlfahrts- oder in gar keiner Unterstützung mehr stehen. Die Unterstützten der Versicherung erhalten aber zum großen Teil nicht mehr die normale Sätze, sondern nur noch (nach § 105 a) eine geringere Unterstützung infolge kürzerer Anwartschaft oder (nach § 107 a) die Krisenunterstützungssätze, weil sie als Saisonarbeiter angesehen werden. Die Arbeitslosenversicherung ist mit einem Wort in ihrem Umfang wie in ihrer Wirkung zu einem großen Teil außer Kraft gesetzt worden.

Die Arbeitsmarktszahlen der Reichsanstalt geben nur ein ungenaues Bild, weil man nicht weiß, wie es am 15. Juli bei den Wohlfahrts- und Wohlfahrtslosen stand. Das Nachhinken der Wohlfahrtslosenverteilung erschwert ungeheuer den Einblick in den wirklichen Stand der Dinge. Hier muß so rasch wie möglich Abhilfe geschaffen werden. Niemand weiß heute genau, wie viel Arbeitslose wirklich vorhanden

sind. Viele Meldungen unterbleiben in dem Fall, wo keinerlei Unterstützung mehr gezahlt wird, oder wo doch keine Aussicht auf Arbeit besteht. Warum soll sich der Arbeitslose noch irgendwo melden, wenn er weder Geld noch Arbeit erhält?

Der Ernst der Arbeitsmarktlage braucht nicht noch erst besonders hervorgehoben zu werden. Seit Mitte Februar, d. h. seit dem Winterhochstand ist die Zahl der Arbeitslosen nur um rund 1 Million, d. h. um ein Fünftel zurückgegangen. Mit einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ist infolge der Wirtschaftskrise und Finanzkrise für die nächste Zeit ebenfalls zu rechnen. Der Geldmangel ruft Kündigungen hervor, desgleichen die Störung des Geschäftsverkehrs. Von irgend welcher Arbeitsmarktlage (Angriff) kann absolut nicht die Rede sein, denn die Lager werden zunächst nicht ergänzt, da jeder auf Senkung der Herstellungskosten und des Zinses wartet. Neue Sparmaßnahmen der Regierung, die zu erwarten sind, dürften eine neue Drohung der öffentlichen Arbeiten herbeiführen. Grau sieht es aus am Horizont des Arbeitsmarktes. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun?

## Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Der Bericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesamtes Südwestdeutschland in der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1931 lautet:

Der südwestdeutsche Arbeitsmarkt hat sich in der ersten Hälfte des Monats Juli nicht mehr viel verbessert. Infolge des in der Zeit zwischen der Getreideernte allfälligen eintretenden Rückstroms der landwirtschaftlichen Hilfskräfte ist in der Mehrzahl der Bezirke eine Zunahme der Zahl der arbeitssuchenden Männer zu verzeichnen, während der Arbeitsmarkt für Frauen noch eine verhältnismäßig günstige Entwicklung zeigte. Im ganzen hat die bei den Arbeitsämtern registrierte Arbeitsuchendenzahl nochmals um 1502 Personen von 210 331 auf 208 829 abgenommen.

Die Entlastung der Arbeitslosenversicherung war unter der Auswirkung der Notverordnung vom 5. Juni, welche die Gewährung der Unterstützungsdauer für Jugendliche unter 21 Jahren und für verheiratete Frauen von einer Bedürftigkeitsprüfung abhängig macht und die Unterstützungsdauer für Saisonarbeiter auf 20 Wochen herabsetzt, ganz erheblich stärker; die Abnahme betrug 11 661 Personen, 7676 Männer und 3985 Frauen. Nach den Berichten der meisten Arbeitsämter wird aber in der zweiten Julihälfte schon wieder mit einer erheblichen Zunahme zu rechnen sein.

Die Inanspruchnahme der Krisenfürsorge steigt bereits Mitte Juli eine Zunahme um 1050 Personen. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 15. Juli 1931 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 66 447 Personen (52 933 Männer, 13 514 Frauen), in der Krisenunterstützung 40 930 Personen (36 327 Männer, 4603 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 10 611 Personen oder um 9,0 p. h. von 117 988 Personen (95 931 Männer, 22 057 Frauen) auf 107 377 Personen (89 260 Männer, 18 117 Frauen), davon kamen auf Württemberg 43 899 gegen 47 084 und auf Baden 63 478 gegen 70 904 am 30. Juni 1931. Im Gesamtbezirk des Landesamtes Südwestdeutschland kamen am 15. Juli 1931 auf 1000 Einwohner 21,3 Hauptunterstützungsempfänger gegen 16,4 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

## Freiwillige Vereinbarungen zur Arbeitszeitfrage

Wie W.D. meldet, sind die Verhandlungen des Reichsarbeitsministeriums mit den einzelnen Arbeitgebergruppen über die Senkung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden abgeschlossen. Auch nach diesen Verhandlungen ist das Arbeitsministerium noch der Ansicht, daß die Einführung der 40-Stundenwoche im Wege freiwilliger Vereinbarungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erreichen und von einer besonderen Verordnung, die die 40-Stundenwoche strikte vorschreiben würde, abzusehen. In Ausführung der durch die Notverordnung gegebenen Notwendigkeit die 40stündige Arbeitszeit im Interesse der Minderung der Erwerbslosigkeit herbeizuführen, hat das Reichsarbeitsministerium daher Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet, die auf den Gedanken der Freiwilligkeit aufgebaut sind und mit denen das Reichsministerium sich nunmehr beschäftigen kann, sobald keine dringenderen Beratungsgegenstände vorliegen.

## Weitere Erleichterung des Zahlungsverkehrs

Die rubige und knappe Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Rahmen der zur Zeit geltenden Bestimmungen und vor allem die Tatsache, daß die Neueinzahlungen täglich zunehmen, hat bei den beteiligten Stellen zu Erwägungen geführt, ob Freitag, den 24. Juli, weitere wesentliche Erleichterungen des inländischen Zahlungsverkehrs eintreten zu lassen. Man hält eine weitere Auflockerung im Interesse der baldigen Wiederherstellung eines normalen Geldverkehrs für notwendig. Bezeichnend für die günstige Beurteilung der Lage ist die Absicht, bei den Sparkassen Ausschüttungen von 50 RM. pro Sparkonto statt bisher 20 RM. und in dringenden Fällen sogar höhere Ausschüttungen zuzulassen.

## Polizeiliche Abstempelung der Lohnlisten erforderlich

W.D. meldet: Von zuständiger Seite erfahren wir: Bei dem Nachweis, dessen es nach den Notverordnungen über den Zahlungsverkehr der Kreditinstitute bedarf, um eine Barauszahlung oder eine Ueberweisung zu erwirken, welche die Auszahlung von Gehältern oder Löhnen ermöglichen soll, ist zur Vermeidung von Mißbräuchen eine Vorliste oder ein Lohnnachweis vorzulegen. Die Vorliste oder der Lohnnachweis sind vor Einreichung bei dem Kreditinstitut der für die Betriebsstätte zuständigen örtlichen Polizeibehörde zur Abstempelung vorzulegen. Die etwa erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu treffen, bleibt den Landesregierungen überlassen.

## Arbeitgeber gegen ratenweise Gehaltszahlung

W.D. Berlin, 22. Juli. Eine Reihe großer Arbeitgeberverbände, darunter der Verband Berliner Metallindustrieller, der Metallarbeiterverband der chemischen Industrie Groß-Berlins und der Reichsverband des deutschen Einzelhandels, hat es abgelehnt, von der Ermächtigung einer der letzten Notverordnungen Gebrauch zu machen, die Gehälter ihrer Anstellten in zwei Raten zu zahlen. Die Verbände empfehlen ihren Mitgliedern, es bei der bisherigen Zahlung bei den Gehaltszahlungen zu belassen. Zu der Verordnung über die ratenweise Gehaltszahlung hören wir von zuständiger Seite, daß die Möglichkeit einer Ratenszahlung in der Privatwirtschaft auch für Gehälter besteht, die vollumgehend gezahlt werden, was aus der Verordnung selbst nicht eindeutig hervorgeht.

## Steuer-Amnestie und Maßnahmen gegen Steuerjäger

Am 31. Juli 1931 läuft die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärungen ab. Außerdem findet am 31. Juli die Frist, innerhalb der die Steuerpflichtigen Steueramnestie erlangen können, wenn sie steuerpflichtiges Vermögen, das bisher der Besteuerung entzogen worden ist, der Steuerbehörde anzeigend, ihr Ende. Wer eine solche Anzeige bis zum 31. Juli erstattet, wird wegen der früheren Verschweigung nicht bestraft und braucht für die nachträglich angegebenen Werte auch keine Nachzahlungen an rückständiger Vermögenssteuer, Aufbringungsumlage, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer zu leisten. Wer bis zum 31. Juli steuerpflichtiges Vermögen dem Finanzamt nicht anzeigt, stellt sich schwerer Bestrafung (unter Umständen Zuchthaus) aus. Ferner wird darauf hingewiesen, daß derjenige, der mit seiner Steuer im Rückstand ist und sie auch bis 31. Juli nicht bezahlt hat, seinen Vermögenszuwachs unterliegt, der für jeden halben Monat 5 Prozent betragen. Die Finanzämter sind angewiesen worden, die Steuern nachdrücklich zu beizutreiben. Selbstverständlich wird das, was die sofortige Einziehung eine außerordentliche Härte darstellt, auch in Zukunft beibehalten werden.

Ein allgemeines Moratorium besteht nicht. Soweit Banken und Sparkassen gewissen Schutzvorschriften unterliegen, berühren diese Schutzvorschriften die Zahlungen von Steuern nicht. Denn jedermann, der ein Guthaben bei einer Bank oder einer Sparkasse hat, kann durch Ueberweisung oder Scheck zahlen, sofern es sich um Steuern handelt. Es bleiben nur die Fälle übrig, daß ein Steuerpflichtiger sich bisher Steuern aus Kredit bezahlt hat oder daß sein Guthaben erschöpft ist, weil Einkünfte nicht mehr hinzugekommen sind. In solchen Fällen muß natürlich gesündigt werden.

## Die Ausreisegelder

Die Durchführungsbestimmungen zur Notverordnung über die Ausreisegelder bestimmen u. a.: Zuständig für die Erhebung der 100-Mark-Gebühr ist jede Polizeibehörde im Reich ohne Rücksicht auf den Wohnort des Abreisenden. Die Ausreisegelder können auch bei der Grenzüberwachungsstelle (an die Beamten der Zollkontrolle) entrichtet werden. In diesem Falle sind 150.- Gebühr zu zahlen. Die Gebühr ist nicht zu zahlen: im kleinen Grenzverkehr, 2. von Auswanderern, 3. von Personen, die im Ausland verträglich tätig sind, 4. von Ausreisenden, die Angehörige von Verkehrsunternehmen aller Art, Mitglieder von Schiffsbesatzungen, 4. bei Kindertransporten, 5. bei Schiffreisen, die in Deutschland beginnen und enden, 6. bei kurzen ausländischen Reisen, die in Deutschland beginnen und enden, aber nicht mehr als 12 Stunden über ausländisches Gebiet führen, 7. Geschäftsreisen, die von der zuständigen Polizeibehörde nach Anhörung der Handelskammer als „notwendig“ bezeichnet werden, „in dringenden Fällen“, 8. von Patienten und Begleitern der deutschen gemeinnützigen Anstalten in der Schweiz.

Wien, 22. Juli. Mit Rücksicht auf die gespannte Lage auf den internationalen Kreditmärkten hat die Oesterreichische Nationalbank beschlossen, den Zinssatz mit Wirkung vom 23. Juli 1931 auf 10 Prozent zu erhöhen und die Lombardzinsfuß dementsprechend auf 10,5 und 11 Prozent heraufzusetzen.



Dr. von Solf, der deutsche Finanzminister in Paris, der den Besuch der deutschen Minister vorbereitete.

# Jeder seine eigene Bank

## Gefährliche Mittelstands-Experimente

Der SPD. schreibt uns: Es gab mal eine Zeit, als es zum guten Ton irrenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gehörte, eine eigene Bank zu gründen. Gerade die Herren Mittelständler, die sowohl über „schädliche Ueberorganisation“ in Deutschland zu reden wissen und keinen Tag vorübergehen lassen, ohne des „aufgeblähten Beamtenapparates“, des „Stressers am Mark des Staates“ zu gedenken, betätigen sich in unheimlicher Weise als Bankräuber.

Wir haben Volksbanken, Hausbanken, Getreidebanken und dann gleich zu Dutzenden, Fiskusbanken erlebt, mit dem Ergebnis, daß eine Gründung nach der andern in die Pleite geht. Kein privatwirtschaftlich gesehen, ist das weiter nicht schlimm. Schlimm ist, daß hier Kapital fehlgeleitet wurde und für die Wirtschaftsentwicklung verloren ging.

In Berlin-Charlottenburg mußte am Freitag abermals eine derartige Gründung, die Deutsche Mittelstandsbank A.G., ihre Karten aufgeben, bzw. sie wurden nicht ganz aufgegeben; aber die sicherlich nicht ersten Aktionäre erfuhren, daß die Bank die Hälfte ihres Kapitals verloren hat. Im vorigen Jahr wurden noch 4 Prozent Dividende gezahlt. In diesem Jahr waren bei einem Kapital von 520 000 A. 440 000 A. Abschreibungen notwendig. Außerdem scheint die Bank ganz merkwürdige Bilanzierungsverfahren zu haben. Es gibt da in der Bilanz den Posten Schuldner mit 1,7 Millionen Mark. Ueberall in der Welt werden auf diesem Konto Forderungen kontrahiert, die die Bank tatsächlich früher oder später eintreiben kann. Bei der Deutschen Mittelstandsbank stehen auf diesem Konto die Ben. Häuser, die nach Lage der Dinge fürs erste überhaupt

nicht zu verkaufen sind. Das sind recht merkwürdige Schuldner, die noch einmal Ueberzahlungen bringen können.

Die ganze Sache bekommt vilenen Reiz, wenn man erfährt, daß die Wirtschaftspartei dieser inermittlich eintreffenden Bank nahesteht. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Herr Dremski, der im Hauptberuf Reichsanstaltsbeamter und im Nebenberuf Bädermeister ist. Ein Bädermeister kann ein sehr guter Aufsichtsratsvorsitzender sein; aber für Dremski, den Mann der Wirtschaftspartei, trifft das wohl nicht zu. Wenigstens kommen wir zu der Auffassung, wenn wir konstatieren müssen, daß Herr Dremski in der am Freitag stattgefundenen Generalversammlung der Bank die seltsame Bilanzierungsmethode mit allen möglichen Assimilationen verteidigte und u. a. auch „steuerliche Vorteile“ für ihre Zweckmäßigkeit anführte. — Zunächst kann Herr Dremski als Bankier den Erfolg buchen, daß die Aktionäre der Bank aufgeföhrt werden und das Kapital um die Hälfte geschnitten werden muß. Die Wiedererhöhung soll bis 1934 stattfinden. Dessenfalls erleben wirs. Wir wollen noch hinzufügen, daß sich dieses Bankinstitut der Wirtschaftspartei, die auch in das nationale Horn von der Verschuldung Deutschlands dem Ausland gegenüber bläst, eine seitlang um französisches Kapital beworben hat. Die Franzosen, die mit ähnlichen Instituten bereits öfters Erfahrungen gemacht haben, winkten ab. Wenn man erfährt, daß ein Institut, die das Herr Dremski, an den Auslandsmarkt geht und Geld aufnimmt, wahrscheinlich außer kurzfristiges, dann wird einem die gegenwärtige Krise der kurzfristigen Kredite und das Mißtrauen des Auslandes begreiflich. Sollte das Reich nicht endlich Veranlassung nehmen, die Tätigkeit solcher Unternehmungen auf den ausländischen Geldmärkten unter eine ganz genaue Kontrolle zu stellen?

### Dienstgeheimnisverrat von Nazibeamten

Wie lange wird das Treiben noch geduldet?

München, 21. Juli (SPD). In dem großen Landriebsprozess in Weilheim (Oberbayern), wo gegenwärtig über eine von den Nazis angeordnete, sehr blutig verlaufene Saalbeschädigung verhandelt wird, stellte es sich heraus, daß die Hitlerpartei auf den Volkämtern, wo sie unter den Beamten über Anhänger verfügt, sogenannte SA-Beobachter eingesetzt hat, denen die Aufgabe zufiel, alle unter dem Schutz des Amtsgeheimnisses stehenden dienstlichen Vorgänge von politischer Bedeutung ihrer Partei zu melden.

Am Sonntag, den 1. Februar d. J. organisierte die Nazis eine sozialdemokratische Versammlung in Murnau, in der der sozialdemokratische Abgeordnete Auer-München referierte. Die Folge war eine schwere Schlägerei, völlige Demolierung des Saals mit rund 3000 M Sachschaden, und eine erhebliche Anzahl schwerverletzter. Wegen dieser Vorgänge stehen jetzt 26 SA-Leute Hitlers und 7 Angehörige des Reichsbanners in Weilheim vor Gericht. Sie haben sich wegen schweren Landfriedensbruchs, verabredeter Versammlungsstörung, Verletzung des Telegrafengeheimnisses und anderer Delikte zu verantworten.

Die beschriebene und organisierte Versammlungsvorgang ist einwandfrei nachgewiesen durch einen bei den Gerichtsakten liegenden geheimen Sturmbefehl, den der SA-Führer Köhler am 20. Januar an alle „Sturms und Trupps“ erlassen hat. Noch am gleichen Tage erhielt die sozialdemokratische Parteileitung in München Kenntnis von diesem Befehl und richtete ein Warnungstelegramm an ihre Murnauer Parteifreunde. Dieses Telegramm wurden den Nazis sofort durch den Postassistenten Thier von Weilheimer Postamt verraten. Thier ist nämlich der sogenannte SA-Beobachter für den Weilheimer Bezirk und in dieser Funktion wurde er dazu bestimmt, alle dienstlichen Vorgänge in politischer Bedeutung der Parteileitung zur Kenntnis zu bringen. Das Schriftstück, mit dem er in diesem Fall das Amtsgeheimnis preisgab, befindet sich ebenfalls bei den Akten des Staatsanwalts.

Die Vernehmung des Angeklagten Postassistenten Thier, der als Telegraphenbeamter die ihm dienstlich bekannt gewordenen Telegramme politischen Inhalts der Nazi-Parteileitung ausständig, zeigte im Prozesseverlauf jene erbärmliche Feigheit eines treulosen Mannes, der für seine Untaten gerade stehen soll. Mit den schändlichsten Ausflüchten wollte er sich um seine Verantwortung drücken.

In der Voruntersuchung hat Thier selbst bekundet, daß er seit September vorigen Jahres in Weilheimer Postamt den SA-Beobachter gemacht habe. Seine Erklärung er dem Gericht, seine damaligen Aussagen seien falsch gewesen. Er habe das Telegramm nur deshalb seiner Partei mitgeteilt, und den Brief mit den Worten „Hell! SA-Beobachter“ unterschrieben, weil er mit dem Wort „Hell! SA-Beobachter“ unterschrieben, weil er wieder einmal daran erinnern wollte, daß er für ein solches Amt anwesend sei. Die weitere Aussage, die er geäußert war noch unangehörig. Er sei sich klar gewesen, daß er mit der Preisgabe des Telegramms Amtsgeheimnis seine Pflicht als Beamter verletzt habe. Das Amtsgewissen sei aber in gewissen Fällen den Beamten erlaubt, besonders dann, wenn Menschenleben auf dem Spiele stünden. Auf die Frage, warum er dann nicht seinen vorgesetzten Beamten verständlich habe, erklärte dieser Funktionär des „Dritten Reichs“, er sei „politisch nicht genug geschult“, um die Dinge richtig zu verstehen.

Die erbärmliche Gesinnung Thiers geht auch daraus hervor, daß er den ihm ausgehändigten Sturmbefehl, der ihn zur Teilnahme an der Versammlungsvorgang verpflichtet, wohl mit Ja unterzeichnete, es aber dann vorzog, der Versammlung aus Eurcht vor der verabredeten Schlägerei fern zu bleiben.

### Verbrecherische Politik der KPD

Die kommunistische Partei hat beschlossen, sich in die Front der Hitler, Hugenberg und Konjunktur einzureihen und durch die Teilnahme am Volkseid für die Auflösung des Preussischen Landtags zur baldigen Einsetzung einer Reichsregierung in Preußen beizutragen.

Die kommunistische Partei verliert ihr offenes Bündnis mit dem Faschismus vor ihren Anhängern mit bestimmten ultimativen Forderungen an die Preussische Staatsregierung zu beschönigen. Sie fordert Herstellung der vollen Pressefreiheit, also freien Lauf für jede kommunistische Heße, die Aufhebung der Notverordnungen, die nicht von Preußen, sondern vom Reich erlassen sind, die Zurücknahme aller Abbaumaßnahmen gegen alle Unterdrückungsempfänger, ebenfalls eine Sache des Reiches, die Sicherheit der vollen und sofortigen Auszahlung aller kleinen Guthaben bei den preussischen Sparkassen und die sofortige Aufhebung des Verbotes des roten Frontkampfbundes, der kommunistischen Kämpfer und Gehörgeneration.

Diese Forderungen zeigen, daß sie von der KPD nur gestellt sind, um ihre Anhänger über die Schändlichkeit ihres Bündnisses mit dem Faschismus hinwegzutäuschen. Aber wie dem auch sei: Wieder einmal hat sich die KPD selbst entlarvt, als das, was sie jetzt heißt, als die steigende Gefahr der Welt in der Schlamm der deutschen Reaktion, als die Vorreiterin der Hitler und Hugenberg. Sie kennt kein anderes Ziel, als die Preussische Volksregierung durch ein Kabinett im Sinne des alten Preußentums zu ersetzen.

Die vereinigte Front von Hitler, Hugenberg, Düstlerberg und Thälmann wird dennoch nicht zum Ziel gelangen. Die Niederlage des Faschismus im Kampf um Preußen wird nach dieser Selbstenttarnung der kommunistischen Partei zugleich zu einer eklamatorischen Niederlage der kommunistischen Partei.

### Nazi und Kozji

Berlin, 22. Juli. In Berlin kam es am Dienstag abend in der Luisenparkstraße zu einer blutigen Schlägerei. Drei jugendliche Nationalsozialisten, darunter ein 17jähriger Schüler, wurden schwer verletzt. Die beiden anderen Verletzten sind ebenfalls nicht älter als 17 bzw. 18 Jahre. Ihre Antipoden waren Kommunisten im gleichen Lebensalter.

### Blutige Zusammenstöße in Frankfurt o.M.

Frankfurt a. M., 22. Juli. Nach dem Polizeibericht kam es am Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung im Flora-Saal zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und im Saale befindlichen Kommunisten. Ein Kommunist mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Die alarmierte Polizei räumte den Saal ohne Schwierigkeiten.

### Neuyorker Klagen gegen Danat und Schröder

New York, 22. Juli. Von einem New Yorker Bürger wurden am Dienstag zwei Klagen gegen die Danat und Schröder um 100 000 Dollar eingereicht. Eine New Yorker Bank verklagte das Bankhaus Schröder in Bremen auf Zahlung von 69 785 Dollar für eingelagerte Schecks.

## Freistaat Baden

### Waffengebrauch der Polizei

In einem Erlaß über den Waffengebrauch der Polizei, hat der Minister des Innern erneut auf den Grundtat hingewiesen, daß bei möglicher Schonung des Gegners der Erfolg des polizeilichen Handelns sichergestellt bleiben müsse und daß ein tatsächlicher Angriff auf die Vollzugsbeamten oder ihre Bedrohung mit einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben verhindert werden müsse. Als stärkstes Mittel komme die Schusswaffe in Betracht. Zu ihrer Anwendung sind die Vollzugsbeamten stets berechtigt, wenn die Anwendung anderer Waffen erfolglos geblieben ist oder offensichtlich nicht zum Ziele führen würde. Es wird als Pflicht aller vorgesetzten Stellen betrachtet, für einen Beamten einzutreten, der aufgrund der gegebenen Bestimmungen von der Waffe Gebrauch macht.

### Reichsgericht verwirft die Beschwerde der Hefbläcker

Das Verbot des Führer und der Arbeiterzeitung Mannheim gebilligt

Das Reichsgericht hat in seiner Sitzung vom 14. Juli 1931 die Beschwerde des Führer-Verlags Karlsruhe, das vom Minister des Innern am 25. Juni 1931 ausgesprochene Verbot auf Kosten des Beschwerdeführers als völlig unbegründet verworfen. Das Verbot erging, wie bekannt, wegen des Artikels „Brüning als Usur, Abendessen für 1150 M“. Das Reichsgericht führt hierzu an, daß dieser Artikel eine so schwere Verunglimpfung des Reichstanzlers enthalte, daß schon wegen dieses Artikels allein das ausgesprochene Verbot und dessen Erziehung auf vier Wochen gerechtfertigt sei.

In der gleichen Sitzung hat das Reichsgericht auch die Beschwerde des Verlags der Mannheimer Arbeiterzeitung gegen das vom Minister des Innern ausgesprochene Verbot auf Kosten des Beschwerdeführers als völlig unbegründet verworfen. Das Verbot erging wegen eines am 11. Juni 1931 erschienenen Artikels „Straßenkämpfe gegen Hungererordnung“, in dem die Polizeibehörde in Mannheim in besonders verletzender Form angegriffen wurde. Der Artikel enthielt ferner eine, wenn auch verächtliche Aufforderung zur Gewalttätigkeit und zum Widerstand gegen die Anordnungen der Polizei. Das Reichsgericht hat das Verbot und die Begründung desselben durch das Ministerium des Innern als völlig gebilligt und die Beschwerde demgemäß verworfen.

### Evangel. Kirchenregierung gegen politische Betätigung der Geistlichen

Die evangelische Kirchenregierung wendet sich in einer Kundgebung an sämtliche Geistlichen der Landeskirche und ersucht diese,

# Aus aller Welt

#### Gefändnis eines Gattenmörders

Emstfren, 22. Juli. Georg Gochel gefand heute früh in einer polizeilichen Vernehmung ein, seine Frau, die vor einiger Zeit in der Art als Leiche aufgefunden worden war, getötet zu haben. Die Veranlassung zur Tat soll in dauernden ehelichen Zwistigkeiten zu suchen sein.

#### „Steuern“ in Andorra

Der Präsident der Republik Andorra und die Mitglieder des „Großen Rates“ haben ihre Untertanen wissen lassen, daß sie in Zukunft nicht mehr umsonst regiert werden. Der Präsident der Republik verlangt ein Jahresgehalt von 30 M. und die Kammermitglieder fordern Diäten und Reisevergütung in entsprechender „Höhe“. Damit die notwendigen Summen aufgebracht werden, muß jeder Bauer für jede Kuh und jedes Pferd aus seinem Besitz jährlich 24 M. zahlen und für jedes Schwein und Schaf 4 M. Andorras reichster Bauer hat auf diese Weise immerhin 160 M. pro Jahr zu zahlen.

#### Vor dem Start zum Nordpol

Unter Führung von Dr. Hugo Edener ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ Mittwoch um halb 6 Uhr morgens an einer letzten Wertprüfung vor der Arktis-Expedition aufgezogen. Am Laufe der mehrere Stunden dauernden Fahrt, zu der die Belastung in voller Polaraustrüstung an Bord gegangen war, sind die für die Arktisfahrt des Schiffes neu eingebauten Instrumente geprüft worden. Hat bei ferner mit der von der Friedrichshafen-Werft auf dem Pfänder bei Breisgau neu errichteten Sendestation Funkversuche vorgenommen und auch die Weitanlage einer Prüfung unterzogen. Viele Sendestation am Pfänder soll während der Arktisfahrt mit dem Luftschiff in ständiger Verbindung bleiben.



Die letzte Vorbereitungsreise zum Nordpol des „Graf Zeppelin“.

Der russische Professor Samoilowitsch (links) bei Dr. Edener in Friedrichshafen. Der weltbekannte Leiter der Arktisfahrt des „Graf Zeppelin“, Prof. Samoilowitsch, ist jetzt in Friedrichshafen eingetroffen, wo er mit Dr. Hugo Edener die letzten Vorbereitungen für die geplante Expedition hielt. Der Start des Luftschiffes wird am 24. Juli erfolgen.

im Hinblick auf die ernste und gespannte politische Lage, von einer politischen Betätigung abzuweichen und alles zu vermeiden, was geeignet ist, die Leidenschaften der Parteien zu verschärfen. Jeder Geistliche habe zu beachten, daß er für seine ganze Gemeinde da sei und nicht als Parteiparier tätig sein dürfe.

### Stahlhelm und Nazi im Enztal

Man schreibt uns:

In Borsheim ist das letzte Nazitreffen schuld, weshalb ich meine Mauern ließe, um im stillen Enztal den Sonntagstreffen zu genießen. Der Weg führt über Kottenbach ins Hille Enztal, wo mit ein treuerbürger Schwabe begegnet. Von den Höhen schauen wir ins Tal, wo sich bei der Sägemühle Holzstöße häufen; die natürliche Frage ist: „Wie geht die Arbeit, habt ihr Beschäftigung?“ „Ja“, sagte der Holzstößer, „wer im Stahlhelm ist oder bei den Stiftern, der bekommt Beschäftigung“. „Na, das kann doch nicht sein, das bekreuzt doch die Unternehmer.“ „Ich sage Ihnen, daß ich erforscht hab.“ „Wie kommt die Vitterkeit in dieses stille, friedliebende Tal?“ „Das ist erst seit Januar; die Besitzer des Sägewerks in Rotenbach, Herr Meßger und Herr Gomorel, haben den Stahlhelm begründet. Herr Gomorel war während des Kriegs Zahlmeister, also Lugethler und Herr Meßger war Leutnant in der Reichswehr. Er will eine Truppe haben. Letzterer ist sogar in Reichswehruniform zum Stahlhelmtag nach Breslau gefahren, von hier mit Auto. Bei jeder Versammlung gibt es Freibier, oft kommen auf einen Mann 10 Glas, Zigaretten gehen herum. So gar Kommunisten sagen: „Da gehen wir auch hin, bei uns bekommt man doch nichts!“ „Ja“, sagte er, „so ist; erst waren es nur Angehörte dann kamen auch Arbeiter zur Partei. Manche sagen, das Bier können wir ruhig trinken, es ist von unterm zurückgehaltene Lohn bezahlt. Die Soggen liegen alle nach und nach raus. Ein Mann, der vom Nachtwächter beim Soldatentag erwischt wurde, wurde entlassen; als er zum Stahlhelm ging, wurde er wieder eingestellt. So will man Gefinnungslumpen erziehen, mit denen kann man machen, was man will. In Hohen soll mit den Nazis ähnlich sein, doch davon ist anderes mal. Heul!“

### Ermäßigung der Gebäudesondersteuer für Hotel- und Saisonbetriebe

Die Minister der Finanzen und des Innern haben eine Ermäßigung der Gebäudesondersteuer der Hotels- und Saisonbetriebe beschlossen und in einer Bekanntmachung im Staatsanzeiger die in Frage kommenden neuen Sätze festgelegt. Man hat sich ungefähr an die Regelung in Württemberg gehalten. Zur Feststellung der Steuerermäßigung ist nach wie vor von der Jahresbelegung auszugehen.

### Friedenstagung in Konstanz

Die „Internationale demokratische Aktion für den Frieden“ unter Führung des bekannten Friedenskämpfers Marc Sagnier in Paris hat anlässlich ihres 11. Friedenskongresses in Baden und im Elsaß die Friedensfreunde aller Länder, insbesondere auch aus Deutschland, Österreich und der Schweiz auf Mittwoch, 5. August, bis Sonntag, 9. August 1931, nach Konstanz a. B. eingeladen.

### Reichswehrproviandant in Flammen

Stettin, 22. Juli. Im Proviandamt der Reichswehr in Altdamm bei Stettin brach heute vormittag ein Feuer aus, das reich großen Umfang annahm. Trotz sofortigem Eingreifen der Freiwilligen Feuerwehr von Altdamm und der Reichswehrtruppen ist der Schaden bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

### 31 Millionen Polen

Die letzte polnische Bevölkerungszählung ergab eine Einwohnerzahl von 31 Millionen. Damit hat die Bevölkerung Polens in den letzten 10 Jahren um 4 Millionen zugenommen.

### 10 000 Mordwaffen vernichtet

Die New Yorker Polizei hat etwa 10 000 Revolver, Dolche, Schlagringe und andere Mordwaffen, die innerhalb des letzten Jahres bei Verbrechern gefunden wurden, in der Nähe von Sands Hook an einer tiefen Stelle ins Meer versenkt.

### Töblicher Unfall bei Pionierübungen

Magdeburg, 22. Juli. Bei Brückenschlagsübungen an der Elbe erkrankte der Pionier Rudolf Wiener vom Pionierbatalion 4. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Drei andere Pioniere, die zusammen mit Wiener in die Elbe gestürzt waren, konnten gerettet werden.

### Syndikalisten-Unruhen in Spanien

Madrid, 23. Juli. (Funkdienst.) In Barcelona wurden durch ein Bombenattentat von syndikalistischer Seite mehrere Telefonkabel mit 1500 Anschlüssen zerstört. Die Täter sind unerkannt entkommen. In Sevilla kam es am Mittwoch zu einem neuen Feuerüberfall syndikalistischer Arbeiter von den Dächern auf die Verkehrsmittel und die bewaffnete Macht. Ein Mädchen wurde getötet, viele Personen wurden verwundet. Insgesamt wurden 300 Personen verhaftet. In Giron und Cordoba ist für heute ebenfalls der Generalstreik zu befürchten. Die Telefon-Compagnie hat inzwischen ein Ultimatum erlassen und ihr Personal zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Wer dieser Aufforderung nicht nachkommt, wird strafflos entlassen. Die Regierung ist bei der Vorbereitung eines Republikanisch-sozialistischen gegen Verbrechen von syndikalistischer Seite.

### Lehrling mit Kapitaleinlage

In der Kölnischen Zeitung stand vor einiger Zeit folgende Anzeige zu lesen:

Alte Eisenwarenhandlung h. a. Pfah stellt Lehrling ein, wenn ein Kapital von 10 000—12 000 M gegen gute eins. Sicherheit zur Verfügung gestellt wird. Ans. u. . . a. d. Exped. d. Bl.

Der Nachrichtenendienst der Beka, Vereinigung der leitenden Angestellten e. V., sagt, es sei höchst bezeichnend, daß man sich, nachdem auch mit besten Zeugnissen und „Berechtigungen“, ja sogar Beziehungen junge Leute heute eine Lehrstelle nicht finden, in gewissen Kreisen des Unternehmertums nicht scheue, den Lehrling als Kreditquelle auszunutzen. Abgesehen davon, daß es bedenklich ist, so das Lehrverhältnis mit einem Teilhaberverhältnis zwangsläufig zu verquiden, wird wohl kaum jemand große Reizung verspüren, ein Kapital von 10 000—12 000 M aufzuwenden, um eine Lehrstelle antreten zu dürfen.

Der Fall ist jedoch für heutige Verhältnisse des Hochkapitalismus charakteristisch.



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

1849 Die Preußen in Kasatt. — 1849 Ende des Pfälz-Badischen Aufstandes. — 1878 Allgemeine Deutscher Arbeiterverein geschlossen. — 1884 Deutschland annektiert Kamerun. — 1914 Ultimatum Oesterreichs an Serbien. — 1921 1. Bayer. Minister Frauenborfer. — 1926 Französisches Stabilitätungskabinett Poincaré-Briand.

## „Kompletter Idiot?“

Ich habe mein Motorrad verkaufen müssen. Die letzte Notverordnung über den Gehaltsabbau zwang mich dazu, auf diese Extravaganz verzichten zu müssen. Schwer ist mir das nicht geworden. Zunächst taugte die Karre nicht mehr allzuviel, außerdem wird nun meine Frau endlich ruhig schlafen können, wenn ich mal nicht pünktlich am Abend zurück bin. 300 deutsche Reichsmark habe ich für das Benzinrad noch bekommen können. Ich war über das Ergebnis mehr als zufrieden. Für 250 Mark hätte ich es auch hingehen lassen.

Was soll aus den 300 Mark werden? Meine Frau hatte eine gehörige Portion persönliche Wünsche. Die wurden glatt abgelehnt. Als ich sagte, ein Sparbuch anlegen zu wollen, fiel sie beinahe in Ohnmacht. „In dieser Zeit Geld zur Sparsparasse bringen. Was soll ich denn eigentlich davon denken“, hauchte sie mich an. Ich überredete sie und fand dann schließlich Verständnis. Also es wurde beschlossen, die 300 Mark auf ein neues Sparbuch anzulegen.

Am nächsten Morgen ging's zur Sparsparasse. Mensch an Mensch vor der Sparsparasse und in dem gewiß geräumigen Schalterraum. „Man weiß nicht, wie man es richtig macht!“ Ich wußte, was zumindest vernünftig war. An den einzelnen Schaltern Hochbetrieb. Meinungen wurden ausgetauscht. Mit wahrer Engelsgeduld versuchten die Beamten, den erregten Menschen Karzungen, wie unfinnig, weltwirtschaftlich gesehen, sie handelten, wenn sie darauf bestanden, ihr Sparguthaben zurückzugeben. Viele waren nicht zu bekehren.

Mein Schalter war völlig menschenleer. Der Beamte erschrak förmlich, als ich mit laut vernehmbarer Stimme um die Ausstellung eines neuen Sparbuches bat. Schüchtern, natürlich zuvorkommend, mich aber noch immer misstrauisch mustern, fragte er: „Wieviele wollen Sie denn einzahlen?“ 300 Mark! gab ich zur Antwort. Wöglich verumtumte das Geräusch und Getöse um mich. Aus dem Hintergrund hörte ich eine Männerstimme: „Kompletter Idiot!“ Brausendes Gelächter folgte.

Ich wußte, daß ich gemeint war. Ich hatte aber trotzdem das Gefühl, als ob ich — außer dem Sparsparassenbeamten natürlich — der einzige vernünftige Mensch in dem überfüllten Schalterraum war. Zidgad.

## Arbeitslose und Nebenverdienst

Ein Arbeitsloser schreibt uns: Nach den Bestimmungen des Arbeitslosengesetzes ist es dem Arbeitslosen gestattet, zu seiner Unterstützung pro Woche noch 20 Prozent durch Nebenverdienst hinzu zu verdienen. So schön und sozial nun diese Bestimmung auf den ersten Anblick erscheint, so unangenehm wirkt sich aber dieselbe in der Praxis aus. Es sei hierfür ein Beispiel angegeben. Ein Unterstützungsberechtigter erhält mit Frau und Kind pro Woche 18,53 M. Es ist ihm nun einmal Gelegenheit geboten, für 3 Tage ausbühlerische Arbeit zu bekommen und er verdient dafür 25 M. Resultat: für laufende Woche keine Unterstützung, da er nur 22,23 verdienen bzw. vereinnahmen darf. Ferner nächste Woche Abzug des Restbetrages zwischen 22,23 und 25 M mit 2,77 M. Ist der Betreffende gar noch, wie der Schreiber dieses, in der Krise, so erhält er nach dem neuesten Satz der Notverordnung 15,70 M Unterstützung. Hierzu 20 Prozent gleich 3,14 was er hinzuverdienen darf, ergibt 18,84 M. Zahlt also von 25 M 6,14 in kommender Woche von seiner Unterstützung zurück. Wäre nun dem Arbeitslosen Gelegenheit geboten, jede Woche etwas hinzu zu verdienen, so wäre dieses ja noch zu verstehen. Wenn man aber nun mal längere Zeit, etwa ein halb Jahr oder länger, arbeitslos ist und man könnte dann einmal 2 bis 3 Tage Arbeit bekommen, so ist diese Regelung als eine aller Gerechtigkeit Hohn sprechende Maßnahme zu bezeichnen, zumal die Unterstützungssätze ja so knapp bemessen sind, daß an eine Anschaffung von Kleider oder Schuhe gar nicht zu denken ist, von sonstigen ganz zu schweigen. Daß Kleider und Schuhe aber nicht besser werden, je länger man arbeitslos ist, darüber braucht man nicht zu reden, steht aber keineswegs im Einklang mit dem, daß je länger man arbeitslos ist, desto weniger Unterstützung man erhält und deshalb logischerweise auch weniger nebenbei verdienen darf. Daß unter diesen Umständen ein Arbeitsloser, je länger er arbeitslos ist, auf Nebenverdienst verzichtet, dürfte hiermit klar sein. Sollte man aber an maßgebender Stelle durchsetzen, daß wer ein festes Einkommen hat und kein Existenzminimum verdient, keine Pension oder sonstigen Nebenverdienst haben darf, so sind wir Arbeitslose gerne bereit, es bei obiger Regelung zu belassen. So lange dieses aber nicht der Fall ist, dürfte es aber gestattet sein, die maßgebenden Stellen zu erluchen, diese unsoziale Bestimmung doch etwas anders zu gestalten. Es dürfte hier vielleicht ein Vorschlag gestattet sein, der sicher als nur lokal bezeichnet werden muß. Bis zu 13 Wochen Arbeitslosigkeit 20 Prozent, bis 26 Wochen 30 Prozent, bis 40 Wochen 40 Prozent, bei längerer Zeit 50 Prozent Zulageverdienst. Sollte man dieser Gerechtigkeitssicht einmal näher treten, so wäre den maßgebenden Stellen der Dank von Millionen von Arbeitslosen gewiß.

## Bekämpfung der Schnakenplage

Die große Wärme, verbunden mit reichlichen Niederlagen, schufen ausgereichnente Entwicklungsbedingungen für unsere Hauschnaken. Augenblicklich sind Brutstätten wie Fußlarven, Abwassergruben und -gräben, wasserhaltende Müllgruben und wenig benutzte Wasserbehälter in Gärten derart stark mit Brut dieser für unsere Gegend überaus unangenehmen Schnake besetzt, daß wir schon in diesem Monat mit einer starken Hauschnakenplage zu rechnen haben werden, wenn nicht umgehend die Bekämpfung energisch und gewissenhaft eingeleitet und betrieben wird.

Das Schnakenlarvel muß aber in allen verunreinigten Gewässern, ganz besonders in den Fußlarven unbedingt gleichmäßig auf der Oberfläche verteilt werden, damit eine geschlossene Schicht die Schnakenbrut zum Ertrinken bringt. Das bloße Eingießen an einer Stelle einer Fußgrube hat ohne Umrühren absolut keinen Zweck. Auf einen Quadratmeter Oberfläche sind 20 bis 30 Kubikzentimeter oder Gramm Schnakenlarvel zu rechnen. Das macht auf eine Fußgrube von etwa 10 Quadratmeter Oberfläche einen Viertel Liter. Wer jetzt die Bekämpfung der Hauschnakenbrut unterläßt, wird im August und September die Folge zu

## Wirkung der Notverordnungen im Geschäftsverkehr

Von Rechtsanwalt Dr. Helmut Dreifuss, Karlsruhe.

Es ist von Wichtigkeit für die Geschäftswelt, zu wissen, welche Folgen durch die Notverordnungen für die Wechselkassen und Protokolle sowie auch für die Scheckprotokolle herbeigeführt wurden.

Durch die verordneten Protokollbeschränkungen wird die Zahlungspflicht des Wechselakzeptanten nicht berührt, da dieselbe nicht von rechtzeitiger Protokollerhebung abhängt. Nur für die Folgen nicht rechtzeitiger Zahlung gelten § 8 der Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen vom 15. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt Seite 366) und Artikel 3, § 1 der 3. Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen vom 18. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt Seite 376). Nach diesen Vorschriften sind die besonderen gesetzlichen oder vertraglichen Rechtsfolgen der Nichtzahlung oder einer verspäteten Zahlung als nicht eingetreten anzusehen, wenn der Schuldner ohne Verschulden durch die angeordneten Maßnahmen an der Zahlungseinführung verhindert wurde und unverzüglich nach Beseitigung des Hindernisses erfüllt. Nach wie vor bleibt die Pflicht zur Zahlung von Verzugszinsen bestehen. Jedoch Verzugszinsanspruch des Wechselgläubigers, Fatenverfall und Verzugsstrafenklauseln usw. gelten als nicht eingetreten. Es ist daher möglich, daß unter den genannten Voraussetzungen der Akzeptant von der Tragung von Protokollkosten sowie Wechselprotokollkosten, wenn die Erhebung eines Protokolls nicht zur Erhaltung von Rechten erforderlich war, befreit ist.

Gemäß der Verordnung über die Bankfeiertage vom 13. Juli 1931 und § 1 der Durchführungsverordnung vom 13. Juli sowie der Verordnung vom 15. Juli 1931 wurde für die Kreditinstitute eine besondere Bestimmung getroffen, die hier nicht interessiert.

Gemäß Artikel 41 der Wechselordnung wird bestimmt, bezüglich der Regreßverpflichtungen der Aussteller und Indossanten der Wechsel, daß frühestens am Zahlungstag, spätestens am 2. Werttag nach dem Wechsel dem Bezogenen vorzusetzen und die Vorleistung und nicht Erlangung der Zahlung durch Protokoll festzustellen. Durch Artikel 1 der 2. Verordnung zur Durchführung der Bankfeiertagsverordnung vom 14. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt Seite 369) und Artikel 2 der 3. Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs vom 18. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt Seite 376) werden die Bestimmungen über die Protokollkosten, von deren Einzahlung die Rückgriffsansprüche abhängen, geändert. Es wird nämlich bestimmt, daß die vom 14. bis 18. Juli 1931 staatlich anerkannten Feiertage im Sinne der Wechselordnung sind. Demzufolge können die von Samstag, den 11. bis Samstag, den 18. Juli 1931 fälligen Wechsel nicht am 20. und 21. Juli zu Protokoll gehen. Eine Protokollierung dieser Wechsel ist noch vom 22. bis 24. Juli einschließlich möglich. Die vom 19. bis 23. Juli 1931 fälligen Wechsel können nicht vor dem 3., jedoch noch am 4. und 5. Werttag nach dem Zahlungstag erfolgen. Es ergibt sich somit folgendes Bild:

Wechselfälligkeits am 10. Juli 1931 und vorher: Bei diesen Wechseln ist kein Protokoll mehr möglich, ebenso auch nicht die Regreßansprüche untergegangen, da der 11. und 13. Juli volle Werttage waren.

prüfen bekommen, was sich ganz besonders in unseren Sommerfrühen unheimlich auswirken wird. Jetzt ist es noch Zeit größeres Anteil von uns fern zu halten.

## Die Polizei berichtet:

### Verkehrsunfall

Gestern vormittag stieß eine Radfahrerin in der Durlacher Allee, die von einem Kraftfahrzeugen überholt worden war und kurz hinter diesem in die Verkehrsstraße einbiegen wollte, mit einem aus Richtung Durlach her entgegengerfahrenen Personkraftwagen zusammen. Die Frau wurde zu Boden geschleudert und hat scheinbar innere Verletzungen erlitten. Das Verbot ist stark beschädigt worden.

### Diebstähle

Ein Architekt von hier erstattete die Anzeige, daß in letzter Zeit aus seinem Lagerplatz in der Karl-Wilhelmstraße ein Quantum Bauholz im Wert von etwa 100 Mark gestohlen worden sei. Die Erhebungen sind eingeleitet.

Einem Studenten von hier wurde in einem hiesigen Kaffee getrunken nach sein Mantel entwendet.

Ein Firmenvertreter von hier zeigte an, daß ihm aus seinem vor einem hiesigen Kaffee aufgestellten, ungeschlossenen Personkraftwagen ein Koffer mit einem Luftdruckschere (Verfahrensprinzip) und außerdem aus einer in dem Wagen befindlichen Handtasche ein Siegelring gestohlen worden sei. Fahndung ist erlassen.

Ein 37 Jahre alter Mechaniker von hier wurde von dem Eigentümer eines Fahrrades dabei betroffen, wie er versuchte, die elektrische Lichtanlage des Fahrrades zu entfernen. Der Mann wurde von der Polizei darauf in einer Wirtschaft festgenommen. Eine Durchsuchung seiner Wohnung förderte eine Anzahl Fahrradteileutage, so daß darauf zu schließen ist, daß der Mann mehrfach dergleichen Diebstähle ausgeführt hat.

Einer Kontoristin von hier wurde von einem jungen Mann, den sie im Stadtpark kennengelernt und in dessen Begleitung sie einen Spaziergang unternommen hatte, aus ihrer Aktentasche, die sie tragen der „Kavalier“ sich erboten hatte, ihr Geldbeutel mit 150 Mark Inhalt gestohlen.

In letzter Zeit wurden aus verschiedenen Gärten Gartenfrüchte, insbesondere Pfirsiche, in kleineren und größeren Mengen entwendet.

### Körperverletzung

Ein 49 Jahre alter Kaufmann von hier mußte angezeigt werden, weil er einem 27 Jahre alten Metzger nach vorausgegangenem Wortwechsel in einer hiesigen Wirtschaft mit einem Messer mehrere Schläge auf den Kopf versetzt hatte, so daß sich der Mißhandelte in ärztliche Behandlung begeben mußte.

### Bermutliche Selbsttötung

Gestern vormittag wurden am Stichkanal bei der Zollstation am Rheinbaben die Kleidungsstücke einer männlichen Person (Mantel, Rock und Weste) vorgefunden. In den Kleidern befand sich eine Monatskarte mit Dichtbild, sowie ein Schreiben, aus dem hervorzugeht, daß die Kleider einem gewissen Ewald Herrmann aus Gingen (Hts.) gehören. Ferner wurde in den Kleidungsstücken ein Kindlungschein der Firma Gebr. Boehinger, Göttingen, und eine Zeichnung vorgefunden. In der Nähe der Kleidungsstücke lag noch eine Aktentasche. Nach den Umständen liegt die Vermutung nahe, daß der Inhaber der Kleidungsstücke im Stichkanal den Tod gesucht hat.

Fälligkeit am 11., 12. und 18. Juli 1931: Diese Wechsel könnten am 11. bzw. 13. Juli protokolliert werden. In der Zeit vom 14. bis 21. Juli war ein Protokoll nicht möglich. Daneben können diese Wechsel, um die Regreßansprüche zu erhalten, in der Zeit vom 22. bis 24. Juli 1931 protokolliert werden.

Fälligkeit am 19. und 20. Juli 1931 können Protokolle am 24. und 25. Juli erfolgen. Für Wechsel am 21. Juli kann Protokoll am 25. und 27. Juli erfolgen. Für Fälligkeiten am 22. Juli sind der 27. und 28. Juli Protokolltage. Für Fälligkeiten am 23. Juli ist der 28. und 29. Juli Protokolltag.

In der Praxis würde es vorkommen können, wenn die Bank erst am 24. Juli für Wechselkassen vom 11., 12. und 13. Juli Protokoll erheben würden. Die Badische Bank in Karlsruhe hat es jedoch vorgezogen, bereits am 22. Juli Protokoll zu erheben, während die Reichsbank Karlsruhe noch davon abgesehen hat. Da zur Zeit die Zahlungsverkehrungen noch andauern, so wäre dies auch rasch gemeint, da mancher Bezogene selbst durch Stillschließen eines Schecks den Protokoll nicht verhindern kann, denn Schecks sind im Sinne der Wechselordnung keine Zahlungen. Mancher Kaufmann ist auch heute noch vorübergehend an der Verfügung über sein Bankkonto verhindert. Da die Zahlungsverkehrungen für Banken am 24. Juli aufgehoben ist, so muß der Bezogene bis evtl. vorübergehender Protokollerhebung unersichtlich nach Freigabe seines Bankkontos dem Gläubiger Zahlung anbieten.

Besüglich der Regreßverpflichtungen aus Schecks ist durch die Notverordnung § 16 des Scheckgesetzes, welcher die Protokollfrist behandelt, außer Kraft gesetzt, das heißt, gemäß Artikel 1, § 4 der 3. Notverordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs vom 18. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt Seite 376) gilt die Zeit vom 14. Juli bis 23. Juli 1931 einschließlich als staatlich anerkannter allgemeine Feiertage im Sinne des Scheckgesetzes. Die Vorleistungspflicht gemäß § 11 des Scheckgesetzes läuft daher nicht vor dem 24. Juli ab; demzufolge kann vor diesem Tage ein Protokoll nicht erhoben werden.

Eine Sonderstellung nehmen auch die domizilierten Wechsel ein. Diese sind gemäß Artikel 43 der Wechselordnung gegenüber dem Domizilianten, der gewöhnlich die Bankverbindung des Bezogenen ist, zu präsentieren und protokollieren. Für die Wechsel hat Artikel 2, Absatz 1 der 3. Notverordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs (Reichsgesetzblatt Seite 376) keine Geltung, mit anderen Worten: Es ist einer Bank verboten, die Wechsel ihrer Kunden einzulösen, selbst wenn diese genügende Guthaben bei ihnen unterhalten. Derartige Wechsel können nur dann von der Bank eingelöst werden, wenn der Bankbesitzer bares Geld bringt oder ein neues beschränkungsloses Guthaben bei ihr eröffnet hat. Sofern dies nicht vorliegt, müssen die domizilierten Wechsel die Banken zu Protokoll gehen lassen, jedoch kann die Bank bis zum 24. Juli mit dem Protokoll warten.

Zwecks Vermeidung der Gefährdung der Existenz der Bankkunden wäre daher den Banken anzuraten, die Protokollerhebung erst am 24. Juli vorzunehmen.

(:) Das Karlsruher Adreßbuch 1931/32 wird wieder im vorigen Jahr im Oktober vorliegen, wie uns der Verlag mitteilt. Die Orthographischen Änderungen sollen nach mit berücksichtigt werden. Verichtigungen, Wünsche, Reklameaufträge usw., besonders auch Änderungen (zumal Umzüge) der kommenden Monate bis mit Oktober erbittet sofort der Adreßbuchverlag G. Braun GmbH, Karl-Friedrich-Strasse 14.

bo. Sonderzug-Ausfall. Der für Samstag, den 8. und Sonntag, den 9. August 1931, vorgesehene Fernverkehrs-Sonderzug von Mannheim nach Zürich-Queren und zurück mit Sonderfahrt auf den Rhein und Dampferfahrt auf dem Bierwaldbühnen See kommt mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse nicht zur Ausführung.

(:) Sommeropette im Siedischen Konzerthaus. Der „Walsertraum“ von Oscar Strauß, dessen herrliche Weisen immer wieder die Herzen der Zuhörer erobern, wird heute abend erneut aufgeführt. Beginn der Vorstellung 20 Uhr.

## Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wettervorhersagen für Freitag: Fortdauer der heiteren und trockenen Witterung. Sehr warm, gegen Abend im Gebirge vereinzelt Wärmegewitter.

## Wasserstand des Rheins

Basel 214, Gef. 20; Waldshut 391, Gef. 21; Schutterinsel 281, Gef. 22; Rehl 425, Gef. 8; Maxau 657, Gef. 15; Mannheim 595, Gef. 2 Zentimeter.

## Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mittel- und Südweststadt  
Donnerstag, 23. Juli, abends 8 Uhr, im „Gambirinus“, Beiratsversammlung. Tagesordnung: Die badische Notverordnung. Ihre Ursachen und Wirkungen. Referent Gen. Staatsrat Rüdiger. Erscheinen aller Parteigenossen und Genossen dringend geboten.

Arbeiterwohlfahrt  
Donnerstag 23. Juli, abends 8 Uhr. Vorstandssitzung im Waldshut-Karl-Friedrich-Strasse 22. Pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe  
Todesfälle und Beerdigungszeiten. 21. Juli: Ida Heß, alt 64 Jahre, Ehefrau von Karl Heß, Maler. Beerdigung am 28. Juli, 14 Uhr. — 22. Juli: Adolf Marz, ledig, Einleier, alt 69 Jahre. Beerdigung am 24. Juli, 15 Uhr. Georg Hoffmann, Witwer, 70 Jahre alt, alt 72 Jahre. Feuerbefallung am 24. Juli, 14 Uhr. Karl Aneller, Witwer, Registrator, alt 60 Jahre. Beerdigung in Waldshut am 24. Juli, 16 Uhr.

Donnerstag, den 23. Juli 1931:  
Stadt-Konzerthaus: Ein Walsertraum. 30 Uhr.  
Gloria-Palast: Das alte Haus des Ring fu. Belprogramm.  
Kammer-Viertel: Die zärtlichen Verwandten.  
Palast-Viertel: Die Nacht gehört uns.  
Rheinhallen-Viertel: Zwei Herzen im 3/4-Takt.  
Schauburg: Die Waife fällt. Der Doppelgänger.  
Union-Theater: Rede Frau hat etwas.  
Bad. Landesgewerksamt: Ausstellung: Arbeitslosh und Arbeitslos.  
Juli bis 16. August 1931.

# Arbeiter-Sportler übt Solidarität

und besucht den Bundes-Film der Arbeiter-Radfahrer

## Die größte Radsportschau der Welt in der Schauburg, am Sonntag von 11-13 Uhr

### Beamte, Angestellte und Arbeiter!

Die wirtschaftliche Krise hat sich in den letzten Tagen außerordentlich zuspitzt. Die Finanznot des Reiches ist durch die zweite Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen wenigstens einigermaßen behoben. Nicht zuletzt war diese Maßnahme gegeben durch die scharfe Belastung der breiten Massen des Volkes, die selbst vor dem Notgroßen der armen Rentner, Schwerbeschädigten und Erwerbslosen nicht zurückgeschreckt ist.

Der Reichstagsrat selbst mußte bei der Veröffentlichung dieser Verordnung darauf hinweisen, daß durch diese Belastung die Grenze dessen, was man unserem Volke an Entbehrungen auferlegt, erreicht ist.

Trotz dieser Erklärung hat die badische Staatsregierung zur Sanierung der ungedeckten Ausgaben des badischen Landes unter dem 9. Juli 1931 ein Notgesetz erlassen, welches eine starke Belastung der Beamtenschaft vorsieht.

Diese neuen Sonderbelastungen bringen so schwere Härten mit sich, daß sie dringend einer Abänderung bedürfen. Schon die Verwindung des ganzen Landesanteils der Gebäudesteuer für den allgemeinen Finanzbedarf der Staatsverwaltung ist unannehmlich, eine weitere Arbeitslosigkeit für den Baubetrieb mit seinen Nebengewerben, in dem heute schon die Berufsangehörigen bis zu 80 Prozent seit Monaten ohne jegliche Arbeit sind, herbeizuführen.

Die neue Verteilung der Schulgaben bringt eine erhebliche neue Belastung der Gemeinden mit sich, die heute schon unter der Last ihrer Wohnortausgaben fast zusammenbrechen. Die Gemeinden geraten dadurch in Gefahr Lehrerstellen einzusparen und damit die Schulschulden herausheben zu müssen, so daß gerade die Kinder der Volks- und Fortbildungsschule betroffen werden und ihre Schul- und Fortbildung darunter zu leiden hat.

Die Bestimmungen aber, die eine weitere ganz erhebliche Besteuerung der badischen Staats- und Gemeindebeamten vorsehen, sind teilweise in ihren Auswirkungen für die Beamtenschaft untragbar. Besonders die Anhebungen des badischen Besoldungssatzes, der Fortfall des Wohnungszulages für die ledigen Beamten, die Schaffung einer neuen Vergütungsordnung für die außerplanmäßigen Beamten und darüber hinaus ein genereller Gebaltsabbau von 5 Prozent für alle Einkommen, die über 2000 M liegen, kann in dieser Form nicht durchgeföhrt werden.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Die finanzielle Lage des badischen Volkes ist nicht rosig, aber auch nicht hoffnungslos. Die badische Regierung will durch diese Notverordnung das Land vor einer Finanzkatastrophe bewahren. Wenn jemand Verständnis für die Not des Staates und die Not des Volkes hat, dann waren es die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die in den großen freierwerkschaftlichen Organisationen Deutschlands zusammengeschlossen sind. Dieselben Arbeitnehmer haben aber kein Verständnis für Maßnahmen, die über die Grenze der notwendigen Existenzgrundlage des arbeitenden Volkes hinausgehen.

Die Unterzeichneten Spitzenorganisationen erheben deshalb die Forderung, daß umgehend in eine Revision des badischen Notgesetzes einsetzt wird und die Regierung sowohl von der Ermächtigung zur Wahrung des Gesetzes Gebrauch macht, als auch durch die Ausführungsbestimmungen jetzt schon die größten Härten bei den ledigen und außerplanmäßigen, sowie bei den gesamten unteren Beamten ausgleicht.

In letzter Stunde rufen wir als verantwortliche Instanzen den Männern der badischen Regierung, deren schwierige Arbeit von uns nicht verkannt wird, zu untern beachtlichen Forderungen anzuweichen und alsbald die unzulässigen Bestimmungen der Notverordnung zu beseitigen.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Schulenburg
- Allgemeiner freier Angestelltenbund: Pavia
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund: Führt

## Letzte Nachrichten

### Jollunion vor dem Haag

Den Haag, 22. Juli. (Eig. Draht.) Vor dem Haager Internationalen Gerichtshof, der sich zur Zeit mit der Rechtszuständigkeit der Jollunion befaßt, erklärte der österreichische Vertreter, Dr. Kaufmann, am Mittwoch, daß die französische Auffassung, wonach der Vertrag von St. Germain die Unabhängigkeit Oesterreichs auf der Grundlage von 1919 garantiert, nicht gerechtfertigt sei. Oesterreich würde dadurch jeder Bewegungsfreiheit beraubt und zu einem Staat zweiten Ranges gemacht werden. Praktisch ließe dies auf die Vernichtung des Beschlusses der Unabhängigkeit hinaus. Im übrigen habe Oesterreich keine anderen Verpflichtungen übernommen als die, welche in Artikel 88 des Vertrages von St. Germain niedergelegt seien.

Die französische Regierung hat dem Haager Gerichtshof eine Denkschrift von 52 Seiten übermittelt, in der nachzuweisen versucht wird, daß die Jollunion im Widerspruch zu Artikel 88 des Vertrages von St. Germain stehe.

### Um ein einheitliches Arbeitsrecht

Wie W.D. erfährt, sind die beim Reichsarbeitsministerium vorliegenden Entwürfe eines Arbeitsvertragsgesetzes und eines Gesetzes über Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen Teile des großen umfassenden Programms des Arbeitsministeriums, das auf die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts abzielt.

Dieses Arbeitsrecht soll die bestehenden Arbeitsrechts- und Gesetzesbestimmungen zusammenfassen und den notwendigen Änderungen und Ergänzungen. Man sieht sich aber im Arbeitsministerium nicht der Hoffnung hin, daß es möglich sein wird, dieses bedeutungsvolle Gesetzgebungswerk mit dem Reichstage in seiner augenblicklichen Zusammenstellung verabschieden zu können.

**Schlechte Nachrichten:** Georg Schäfflin. Verantwortlich: Hellmut, Pfaffhaas Baden, Volkswirtschaft, Aus der Welt, Seite Nachrichten: S. Gränerbaum; Sandig, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Neunkirch, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Rundblatt, Deutscher Arbeiter, Auskünfte: Josef Giesele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Dringlich: Wohnort: in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

### Gewerkschaftliches

#### Die Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter unter der Krise

Bei der am Sonntag, 19. Juli, im Volkshaus in Karlsruhe stattgefundenen Quartalsversammlung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter gab Kollege Ritter im Geschäftsbericht einen Überblick über die Auswirkung der Wirtschaftskrise in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie. Infolge der Schmälerung des Einkommens eines großen Teils der Bevölkerung ist auch in der Branche der Nahrungsmittelindustrie ein weiterer Rückgang des Konsums zu verzeichnen, der eine weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Besonders hart wirkte sich die Erhöhung der Reichssteuer, verbunden mit der Einführung der erhöhten Gemeindesteuer, die im Laufe des letzten halben Jahres von einer ganzen Reihe von Gemeinden zur Einführung gelangte, auf die Beschäftigungsmöglichkeit im Brauergewerbe aus. Wohl stellen haben steuerliche Maßnahmen einen Konsumrückgang in beträchtlichem Ausmaß herbeigeföhrt, als wie er hier zu verzeichnen ist. Die Leidtragenden hierbei sind selbstverständlich in erster Linie wieder die Arbeiter, Kollegen mit 10- und 15-jähriger Tätigkeit im Betriebe wurden infolge des Konsumrückganges entlassen, denn auf alle Fälle müssen die gemobnten Dipenden den Brauereiarbeitern übergestellt und dabei die Summen am Lohnkonto einbehalten werden. Trotzdem die Kollegen in den Brauereien schon über 1/4 Jahre hindurch aus Solidarität ihren Arbeitskollegen gegenüber sich mit der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich abgefunden haben, war es doch nicht möglich, die im Herbst entlassenen Kollegen wenigstens den Sommer hindurch wieder an ihre Arbeitsstätte zu bringen, weil das Streben der Arbeitgeber eben dahin geht, aus der Einführung der 40-Stunden-Woche noch Kapital zu schlagen, anstatt durch Kürzung der Arbeitszeit mehr Arbeiter zu beschäftigen.

An Bewegungen wurden im Laufe dieses Quartals zum Abschluß gebracht der Lohnstreikvertrag mit dem Konsumverein Pforzheim und dem Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, weiter wurde der Reichslohnvertrag für die Süß-, Back- und Teigwaren-Industrie um ein Jahr verlängert. Neu zum Abschluß gelangte der Manteltarifvertrag mit der Vereinigung der Südbest-Deutschen Fleischerwarenfabriken und der Bezirksfleischerinnung von Baden-Baden. sowie der Manteltarifvertrag mit den Mittelbadischen Brauereien. Sämtliche Bewegungen waren **Unserer Bewegungen**, hatten doch die Arbeitgeber die Verträge gekündigt, um unter Ausnutzung des Druckes der Arbeitslosigkeit der Gewerkschaften Beschäftigten auszubilden; die durch das in die Gewerkschaften geleitete Vertrauen jedoch im weitesten Ausmaße abgewendet werden konnten. Nicht der Kollegen ist es nun, die Reihen des Verbandes zu stärken und die Geschlossenheit der Organisation weiter auszubauen.

Über auch **weitererseitige Maßnahmen** haben der Arbeiterchaft im Laufe des 2. Quartals 1931 weitere Kassen aufgebaut, so den in Arbeit Stehenden durch die Einführung der Krisensteuer, den arbeitslosen Kollegen durch Kürzung der Unterhaltungsätze und der Unterhaltungsdauer. Den **Büderkollegen** soll weiter durch die Ermächtigung des Reichsarbeitsministers in der Notverordnung vom

5. Juni 1931 die künftige Nachtarbeit wieder befehert werden. Die Versammlungen der **Büderkollegen** der letzten Wochen im Reich dürften jedoch gezeigt haben, daß hierüber das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Zum Schluß kam Kollege Ritter auch auf die Vorgänge der letzten Wochen in politischer Beziehung zu sprechen und forderte die Anwesenden auf, den **Schädlingen der Arbeiterchaft** von rechts wie von links auf die Finger zu zeigen, die Besonnenheit zu wahren und jeder an dem Platz, wo er steht, seine Pflicht zu erfüllen, nicht zu erlauben in der Aufklärung und der Agitation für die freien Gewerkschaften und die sozialistischen Arbeiterorganisationen, dann wird es möglich sein, die erworbenen Rechte der Arbeiterchaft nicht nur zu erhalten, sondern über diese schwere Zeit hinweg vorwärts zu schreiten, einer gerechteren Wirtschaftsordnung entgegen.

Den **Kassenbericht** erstattete Kollege Hill. Es ist daraus zu ersehen, daß der weitaus größte Teil der Einnahmen auch im 2. Quartal den **Mitgliedern** in Form von **Unterstützung** wieder zugeflossen ist. Die **Agitation** brachte im Laufe des 2. Quartals 24 Neuaufnahmen. — In der **Diskussion** wurde besonders von einigen Rednern das Verhalten der **Brauerei Schrempf-Kreuz** kritisiert, die trotz tarifvertraglicher Vereinbarungen immer wieder versucht, die vom **Fahrpersonal** geleistete **Nachtarbeit** nicht zur Auszahlung zu bringen, sondern dem **Personal** zumutet, diese Stunden bei eventuell schlechterem **Geschäftsgang** abzuklären. Leider haben die Kollegen, die zum Teil 100 und mehr Stunden zu beanspruchen haben, nicht den Mut, dieselben einzufordern aus Angst, bei Entsendung ihrer Forderung unter einem Vorwand entlassen zu werden. Von **sozialer** **Gewinnung** der Arbeiterchaft **gegenüber** sei aber dieses Verhalten **höher** nicht. **Bemerkung** wurde auch, daß vor dem **Verbot** des **Führer** **keine** **Anzahl** **Exemplare** dieser **Zeitung** **gratis** unter die Arbeiterchaft **innerhalb** des **Betriebs** zur **Verteilung** gelangte. — Auch die **Brauerei zum Sutenkreuz** in **Ettlingen** scheint nach den **Ausführungen** **verschiedener** **Diskussionsredner** sich nicht dazu **entschließen** zu können, von dem im **Verbot** **entlassenen** **Arbeits** nach **Bedarf** wieder **einzustellen**, sondern sie **beschäftigt** noch wie **vor** **verheiratete** **Frauen**, deren **Männer** in **Arbeit** **stehen** (**Doppelverdiener**), wo **doch** auch die **Brauereien** ein **Interesse** daran **haben** müßten, daß **vor** **allen** **Dingen** die **Ernährer** einer **Familie** **eingestellt** werden. —

In seinem **Schlusswort** ging Kollege Ritter auf **alle** **die** **in** **der** **Diskussion** **gestellten** **Fragen** **und** **Beschwerden** ein. Er **betonte** **aber** **auch**, **wie** **schwer** **es** **ist**, **was** **gerade** **auch** **bei** **der** **Ausprache** **eines** **großen** **Raum** **eingenommen** **hatte**, die **Kontrolle** **meiner** **Lebens** **schreibung** **der** **Arbeits** **zeit** **und** **Nicht** **achtung** **des** **Nach** **schreib** **er** **boten** **in** **den** **hand** **werts** **mäßigen** **Betrieben** **durch** **zuführen**. **Werden** **aber** **die** **Anzeigen** **erhalten**, **so** **haben** **solche** **Geschäfts** **verhältnisse** **bis** **heute** **gerade** **in** **Karlsruhe** **ist** **fast** **immer** **noch** **mit** **der** **Richter** **gegen** **über**.

### Jugend

#### Führer-Ausprache

Am Sonntag, 25. Juli 1931, findet im Jugendheim Karlsruhe, Ede Baumeister und Ruppurrer Straße, eine **Führer** **Ausprache** der **SAJ** statt. **Erscheinen** **aller** **leitenden** **Funktionäre** **und** **Jugend** **leiter** **der** **SAJ**, **Unter** **bezirk** **Mittel** **baden**, **ist** **unbedingt** **notwendig**. **Beginn** **vormittags** **9** **Uhr**!

## Kleine badische Chronik

#### Schwere Schlägerei

Gaggenau. In der Nacht zum Montag erlitten einige junge Burschen von hier, nachdem sie bereits in zwei Fällen ihrer Kadavertiere freien Lauf ließen, auf der Hauptstraße in Streit, der in eine Keilerei ausartete, wobei einer der Beteiligten schwer mißhandelt wurde. Die ganze Umgebung des „Kriesschulplatzes“ war in heftiger Aufregung. Passanten wurden belästigt und in ordinärer Weise beleidigt.

#### Zur Giftmordaffäre in Freistett

D3. Freistett bei Rehl, 22. Juli. Nun ist auch der Chemann der verdächtigsten Frau Schmitt, der Landwirt David Schmitt, unter dem Verdacht der Mithilfeerschaft verhaftet worden. Daß er die Tat begangen hat, ist nicht zu anzunehmen, doch wird man nicht fehlgehen, daß, falls er schuldig ist, er nur von seiner Frau dazu veranlaßt wurde. Gestern weite nochmals eine Gerichtskommission am Tatort. Auf ihre Veranlassung hin wurde abends 6 Uhr die Leiche der bereits am Sonntag beerdigten Witwe Schmitt wieder ausgegraben. Es soll eine nochmalige eingehende Untersuchung vorgenommen werden, da anscheinend neue Momente in Erscheinung getreten sind.

#### Unfallbares Rettungsboot tritt die Weltreise an

Rehl, 22. Juli. Heute vormittag hat hier ein mit vier Mann besetztes unfaßbares Rettungsboot eine auf 2 1/2 Jahre vorsehbare Weltreise angetreten, bei der sämtliche Erdteile berührt werden sollen. Der Erfinder des Bootes ist Ingenieur Albert Sid aus Ludwigsburg, der mit dem Boote auf dem Bodensee erfolgreiche Versuche unternommen hatte. Das ganze Boot hat ein Gewicht von ungefähr 7 Tonnen, besitzt einen kleinen Motor und eine Segel-einrichtung, so daß es eine Stundengeschwindigkeit von 18 Kilometer erreichen kann. Ein vom Südpol gestifteter Kurswellensender wird das Boot in Verbindung mit dem Lande halten. Das wesentlichste des Bootes ist ein 15 Zentner schwerer Eisenkern, der in der Unterseite bis zu 4 Meter in das Wasser hinabgelassen werden kann. Außerdem ist das Boot von sechs voneinander unabhängigen luftdichten Schotten zusammengeleitet, die bei Havarien während der Fahrt repariert werden können. Die Schwimmfähigkeit wird durch zwei Schwimmer zu beiden Seiten des Bootes wesentlich erhöht.

#### Nicht aus dem Zuge Lehnen!

Rehl. Die 28 Jahre alte Angestellte Bertha Schall in Straßburg lehnte sich bei der Durchfahrt durch eine Station aus dem Fenster und stülpte jemand mit dem Kopfentuch. Im selben Augenblick wurde sie von einem Genußwagen vorbeigeföhrt, der die Unachtsamkeit und die Unvorsichtigkeit der Frau amputiert werden.

#### Schwere Motorradunfälle

Müllheim, 22. Juli. Gestern abend gegen 7.30 Uhr fuhr bei der Station Müllheim-Stadt ein Motorradfahrer, der Radfahrer Weber von hier gegen eine Mauer und mußte mit lebensgefährlichen Verletzungen, darunter einem Schädelbruch, in die Chirurgische Klinik Freiburg verbracht werden.

Karlsruhe, 22. Juli. Heute morgen gegen 4 Uhr fuhr bei der Badener Landstraße ein Motorradfahrer mit valender Geschwindigkeit von hinten auf ein Pferdewagen auf. Der Fahrer und Beifahrer, beide Ausländer, wurden vom Wade geworfen und blieben mit schweren Verletzungen bewußlos liegen. Die Verunfallten wurden in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert.

\*Nubloch (Amt Wiesloch). Der 63jährige Metzgermeister Johann Krauß, der seit Dienstag voriger Woche vermißt worden war, wurde in der Nähe des Schwabenheimer Hofes als Leiche aus dem Nedar gezogen. Der Tote wies eine Schußverletzung am Kopfe auf, so daß anzunehmen ist, daß Krauß, bevor er ins Wasser ging, mit einer Pistole einen Kopfschuß beibrachte. Geschäftliche Sorgen und Reue um die Schwermut dürften den fleißigen stillen Mann in den Tod getrieben haben.

#### Marktberichte

Obstmarkt Bahl. Trotz der ungünstigen Witterung hat sich der Bähler Obstmarkt in den letzten Tagen sehr gut entwickelt. Es sind bereits schon Anfuhrungen zwischen 600 und 800 Zentner zu verzeichnen. Die angelieferte Ware ist schön, der Absatz geht flott von hatten. Angekündigt werden Äpfel, Birnen, Heidelbeeren, Mirabellen von Hiesigen, Pfirsiche, Stacheln und Johannisbeeren. Heidelbeeren 18-22, Johannisbeeren 13-14, Stacheln 20-22, Pfirsiche 35, Mirabellen 20-24, Pfäumen 18-23, Birnen klein 10, Birnen mittel 18-25, Äpfel 7-14.

Antelinger Schweinemarkt vom 22. Juli. Zufuhr 67 Milchschweine. Preise: 18-23 Mark pro Paar. Handel: Markt geräumt. Nächster Markt am Mittwoch, den 29. Juli.

### Aus der Stadt Durlach

Wichmarkt vom 22. Juli. Kindvieh und Pferde: Aufgetriebene Tiere (Zahl): Kühe 62, Kalbinnen und Kinder (Zungvieh) 22, Kübber 23. Verkaufte Tiere: Kühe 51, Kalbinnen und Kinder 11, Kübber 23. Für Kubs und Zuchtvieh erzielte Preise: Kühe: a) Milchkühe: häufigster Preis 480 M.; niedrigster 370 M.; höchster 580 M.; b) Zuchtkühe: häufigster 480; niedrigster 340; höchster 580 Mark; Kalbinnen, trächtig: häufigster 420 M.; niedrigster 380 M.; höchster 500 M.; Kubs: häufigster 230 M.; niedrigster 180 M.; höchster 300 M. Als häufigster Preis gilt der für die besetzte Wertklasse am häufigsten (meisten) bezahlte Preis.

#### Dereinsanzeiger

- Karlsruhe.** Freie Turnerschaft, Fußball-Abteilung. Freitag abend 8 Uhr vollständige Spielerversammlung im „Gambinus“ betreffs Spiele am Samstag. 5795
- Sängerbund Vorwärts.** Der Ausflug nach Moosbrunn findet am Sonntag, den 28. Juli statt. Fahrpreis mit Auto 1 RM. Hin- und Rückfahrt. Mitglieder, die noch teilnehmen wollen, Eintragung im „Grünwald“, spätestens bis Freitag, 24. d. Mts. 5794
- Durlach.** Deutscher Arbeiter-Abteilungsband. Freitag, 24. Juli, 20 Uhr, Versammlung in der Lessingschule (ehem. Kaserne) mit Vortrag des Genossen Höhn über „Arbeitslosenproblem und Alkohol“. Gäste, insbesondere Arbeitslose, sind herzlich willkommen. 5798 Der Vorstand.

Neberlingen. Wenn auch an der Restauration des St. Nicolaus-Klosters noch weiter gearbeitet wird, so setzen sich doch noch sehr gefährliche Schäden — stellen ja erst kürzlich ganze Steinplatten herab — weil das Restaurationswerk durch Regen, Inflation und die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in die Länge gezogen wurde. Am 30. Juli ist wieder eine Noterlebung. Der Münsterbau-Verein bietet um Unterstüßung seines Werkes durch Kauf von Loten. Das Los kostet nur 50 Pf. zu beziehen durch die Direktion der Neberlinger-Münsterbau-Vereine in Neberlingen a. V.

